

# DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode  
Ausschuss für Verkehr, Bau- und  
Wohnungswesen

Berlin, den 16.03.2005

Tel.: 227-32426 (Sekretariat)  
Tel.: 227-30480 (Sitzungssaal)  
Fax: 227-30017 (Sekretariat)  
Fax: 227-36480 (Sitzungssaal)

## Mitteilung

**Achtung!**  
**Abweichende Sitzungszeit!**

Die 71. Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen findet statt am:

**Mittwoch, dem 13. April 2005, 10:00 Uhr,  
Berlin  
Sitzungssaal: Raum E 600  
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**

## Tagesordnung

### Öffentliche Anhörung zu dem

- 1 Antrag der Abgeordneten Sören Bartol, Sabine Bätzing, Uwe Beckmeyer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Volker Beck (Köln), Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Programm "Soziale Stadt" weiterentwickeln und ausweiten

**Federführend:**

*Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen*

**Mitberatend:**

*Innenausschuss*

*Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit*

*Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft*

*Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

*Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung*

*Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit*

*Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung*

*Haushaltsausschuss*

**BT-Drucksache 15/4660**



**Eduard Oswald, MdB**  
Vorsitzender

**Deutscher Bundestag**  
**Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen**

**Berlin, den 13. April 2005**

**Zu der Anhörung am 13. April 2005**  
**(Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**Das Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und ausweiten) eingeladene**  
**Sachverständige**

Cornelius von Geisten	Geschäftsführer S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung mbH, Berlin
Prof. Dr. Hartmut Häußermann	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften (IfS) Stadt- und Regionalsoziologie, Berlin
Dipl. Ing. Gerhard Kier	Landeshauptstadt Hannover, Fachbereich Planung und Stadtentwicklung / Sonderplanung
Dr. jur. Rolf-Peter Löhr	Stellv. Institutsleiter Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin
Dr.-Ing. Walter Metscher	Wissenschaftlicher Referent vhw – Bundesverband für Wohneigentum und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Bernd Streitberger	Beigeordneter, Köln
Siegfried Stumpf	Landeskriminaldirektor, Stuttgart
Reinhard Thies	Geschäftsführer Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V., Frankfurt am Main

## Fragenkatalog von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU und FDP zur Anhörung des Antrages von SPD und Bündnis 90 /Die Grünen

### Fragen

#### **Zielerreichung:**

Gesetzliches Ziel des Programms „Soziale Stadt“ ist die Stabilisierung und Aufwertung von durch sozialen Missständen benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebietes auf Grundlage von Entwicklungskonzepten, die Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung stabiler Bewohnerstrukturen enthalten.

Konnte in den ersten 5 Jahren Programmlaufzeit das Ziel erreicht werden, der zunehmenden sozialen Segregation in den Städten entgegenzuwirken und die Lebenssituation der Bewohnern/innen in den Programmgebieten zu stabilisieren oder zu verbessern?

Wie definieren sich stabile Bewohnerstrukturen? An welchen Merkmalen lassen sich Missstände bei den Bewohnerstrukturen in Programmgebieten erkennen und worin werden die Ursachen für die Missstände gesehen? Wie haben sich die Merkmale von Missständen bei den Bewohnerstrukturen in der Programmlaufzeit geändert und können diese Änderungen der Wirkung der Programmmaßnahmen zugeordnet werden?

An welchen Umständen sollte die Zielerreichung, die letztendlich zum Ende der Programmgebietsausweisung auf Grundlage des BauGB führen müsste, festgemacht werden? Mit welchen Instrumenten kann sichergestellt werden, dass die Programmgebietsausweisung sich nicht als Dauermaßnahme verfestigt, wenn der gesetzlich festgehaltene besondere Entwicklungsbedarf als Voraussetzung nicht mehr besteht? Wie kann die Einhaltung dieser Voraussetzung gewährleistet werden?

#### **Strategische Handlungsfelder:**

- **Ressourcenbündelung und ressortübergreifende Zusammenarbeit**

Das Programm „Soziale Stadt“ setzt auf die Bündelung von Ressourcen aus verschiedenen Ressorts auf den Ebenen Bund, Land und Kommune. Investive, städtebauliche Maßnahmen werden durch nicht-investive Maßnahmen etwa im sozialen, arbeitsmarktpolitischen und kulturellen Bereich ergänzt.

In welchen Bereichen sind die Ressortkooperation und Ressourcenbündelung erfolgreich umgesetzt worden, wo besteht Nachholbedarf? Was sind die Hemmnisse für eine erfolgreiche Kooperation und Ressourcenbündelung?

Wie kann eine Vertiefung der Ressortkooperation und eine bessere Abstimmung der Förderprogramme auf Bundes- und auf Landesebene erreicht werden?

Was können die kommunalen Akteure vor Ort zur Verbesserung der Mittelbündelung tun und wie können sie dabei unterstützt werden?

Ist das Programm Soziale Stadt als Teil der Städtebauförderung das geeignete Leitprogramm, um Ressourcen aus unterschiedlichen Bereichen zu bündeln?

- **Kooperationen mit externen Akteuren**

Der integrative Ansatz des Programms Soziale Stadt beinhaltet auch, nicht-staatliche Akteure – Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Träger der Gemeinwesenarbeit, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften - in die Umsetzung mit einzubeziehen.

In welchen Bereichen ist die Einbeziehung der externen Akteure gut gelungen und hat das die Erreichung der Programmziele positiv beeinflusst? Wo gibt es Nachholbedarf ?

Wie kann die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit Verbänden der Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbänden u.a. für die Projektverantwortlichen vor Ort Impulse für eine bessere Einbeziehung externer Akteure setzen?

- **Aktivierung und Beteiligung**

Ist das Ziel einer aktiven Beteiligung der Bewohner/innen erreicht worden? Mündet diese Beteiligung in sich dauerhaft selbst tragende Strukturen der Bewohnerorganisation?

Wie funktioniert die Abstimmung der Bewohnerorganisationen mit den kommunalen Verwaltungen bzw. auch mit gewählten kommunalen Gremien?

Welchen Beitrag leistet das Programm Soziale Stadt zur Umsetzung des Leitbildes vom aktivierenden Staat ? Werden tatsächlich auch bisher passive Bürger aktiviert?

- **Programmbegleitung/Evaluation/Stadtentwicklungsbericht**

Die Programmbegleitung durch das Deutsche Institut für Urbanistik das Deutsche Institut für Urbanistik hat einen entscheidenden Beitrag zur Implementation des Programms geleistet.

In welcher Form sollte die Programmbegleitung fortgesetzt werden?

Wie kann die Evaluierung zu einem Instrument zur kontinuierlichen Überprüfung der Zielerreichung, der Qualitätssteuerung und als Grundlage der Politiksteuerung ausgebaut werden?

## **Inhaltliche Handlungsfelder:**

### • **Lokale Ökonomie/Beschäftigung**

Welche Bedeutung hat die lokale Ökonomie für die Quartiersentwicklung?

Inwieweit wird die Förderung der lokalen Ökonomie vor Ort als wichtiges Handlungsfeld der Quartiersentwicklung wahrgenommen und in Projekte umgesetzt? Inwieweit gelingt die Kooperation mit der Wirtschaftsförderung, Industrie- und Handelskammern usw.?

Welches sind die geeigneten Maßnahmen, um den Bereich lokale Ökonomie als Handlungsschwerpunkt in die Programmumsetzung zu integrieren?

Welche Abstimmungen hat es bisher zwischen der Bundesagentur für Arbeit einerseits und Bund, Länder und Gemeinden andererseits in Bezug auf die Programmgestaltung gegeben? Welche Ansatzpunkte gibt es, arbeitsmarktpolitische Instrumente gezielt in Gebieten der Sozialen Stadt einzusetzen?

Welche Entscheidungskriterien sind bei der Bundesagentur für Arbeit beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente relevant und können diese Instrumente gezielt auf die kleinräumliche Ausrichtung des Programms „Soziale Stadt“ angewendet werden?

Wie werden die Möglichkeiten der bisherigen Ausgestaltung des Programms zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eingeschätzt? Gibt es signifikante Ergebnisse bei der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Programmgebieten, die auf die Wirkung des Programms zurückzuführen sind?

### • **Kombination mit Stadtumbau**

Welche Erfahrung gibt es mit der Verknüpfung des Programms Soziale Stadt mit Maßnahmen des Stadtumbaus und wie werden sie bewertet? Wie kann eine solche Verknüpfung sinnvoll aufgebaut werden?

### • **Schule / Bildung**

Welche Bedeutung hat die Situation an den Schulen für die Quartiersentwicklung?

Inwieweit ist es bisher vor Ort gelungen, die Schulen in die Umsetzung des Programms einzubeziehen? Inwiefern trägt dies zum Erfolg des Programms bei?

Welche Ansätze auf Bundes- bzw. Landesebene gibt es, den Sozialraumbezug in der Schul-/Bildungspolitik zu stärken und diese gezielt auf Problemquartiere auszurichten?

Welches sind die geeigneten Maßnahmen, um den Bereich Schule/Bildung als Handlungsschwerpunkt in die Programmumsetzung zu integrieren?

### • **Migration / Integration**

Welche Rolle spielen Projekte zur Integration von Migrant/inn/en bisher bei der Umsetzung des Programms vor Ort? Inwiefern tragen sie zu einem besseren Miteinander in den Quartieren und zum Erfolg des Programms bei?

Inwieweit ist auf Bundes- und Länderebene eine Verknüpfung von Integrationspolitik mit dem Programm Soziale Stadt gelungen? Wie kann Integrationspolitik gezielt auf Soziale Stadt-Gebiete ausgerichtet werden?

Ist erkennbar, ob Stadtquartiere mit einem besonders hohen Anteil von Migrant/innen/en regelmäßig die Voraussetzung für die Ausweisung als Programmgebiet erfüllen? Welche Maßnahmen werden speziell in diesen Gebieten in den kommunalen Entwicklungskonzepten erarbeitet, um das Programmziel, der sozialen Segregation entgegenzuwirken, zu erreichen? Welche Rolle spielt dabei die Absicht, mit Unterstützung der (kommunalen) Wohnungsunternehmen, bei Neuvermietung explizit auf eine bessere Durchmischung der Bewohnerstruktur zu achten? Muss diesem Aspekt bei der Beratung des Entwurfs des Antidiskriminierungsgesetzes im Deutschen Bundestag besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden?

### **Innere Sicherheit**

Ist ein Zusammenhang zwischen Gebieten mit gravierenden sozialen Missständen und der räumlichen Kriminalitätsentwicklung zu beobachten? Welche Rolle spielt die Kriminalitätsentwicklung bei der Erstellung der kommunalen Entwicklungskonzepte für die Programmgebiete? Welche Ansätze gibt es, die Zusammenarbeit zwischen Kommune, Polizei und den Akteuren gezielt zur Erhöhung der Inneren Sicherheit in den Programmgebieten zu forcieren?